

Pressemitteilung vom 13.08.2003



Freie Wähler zu Vorschlägen der Wirtschaft zum Bürokratieabbau:
**Verfallsdatum für Gesetze schon seit Jahren
eine Forderung der Freien Wähler**

In ihrer jüngsten Stellungnahme zum Bürokratieabbau fordert die deutsche Wirtschaft eine zeitliche Befristung der Wirksamkeit neu erlassener Gesetze. FW-Landesvorsitzender Armin Grein: „Die Freien Wähler haben diese Forderung schon 1998 aufgestellt. Jetzt müssen die Gesetzgeber endlich handeln“.

München – Die Freien Wähler freuen sich, dass eine seit Jahren von ihnen erhobene Forderung nun endlich auch von den Hauptleidtragenden, der gewerblichen Wirtschaft, lautstark verlangt wird. Der Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft kritisiert zu recht, dass die regierenden Parteien zwar seit Jahren vollmundig die Entbürokratisierung verkünden, aber gleichzeitig neue Gesetze und Verordnungen in schier unglaublichem Umfang zunehmen. Er fordert daher eine zeitliche Befristung von Gesetzen und Verordnungen. Die FW Bayern schließen sich dem an, warnen aber davor, in diesem Zusammenhang neue Kommissionen oder Gremien einzurichten.

Der FW-Leitlinienreferent und schwäbische Landtagsspitzenkandidat Bernhard Pohl: „Wir haben schon genug an >>Kommissionitis<<. Zur Überprüfung und Verlängerung der Laufzeit von Gesetzen müssen die Parlamente selbst in der Lage sein. Ziel muss sein, der Regelungswut von Bundes- und Landespolitik endlich Einhalt zu gebieten. Die FW geben als Motto für ihre künftige Landtagsarbeit heraus: Jeden Monat eine bürokratische Schikane weniger.“

**FREIE WÄHLER
Bayern e.V.**

Landesvorsitzender

Landesverband:

Armin Grein

Jägerstr. 1, 97828 Marktheidenfeld

Telefon: 09391/3366

Landesvorsitzender

Wählergruppe:

Johann Deuerlein

Wölfersdorf 4, 91355 Hiltpoltstein

Tel. 0172-8118177

Pressesprecher:

Gerhard Losher

Tel. und Fax: 089/935926

Pressekoordinator Landtag

Ernst Schneider

Tel.: 089/69394423

Fax: 089/69394422

e-mail: ernstschneider@web.de